

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Weertag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl; amtlich 1 mm 30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswäbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederstienau, Friedersdorf, Lhiemenhof, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Kleinbitzmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 222

Dienstag, den 23. September 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Öffentliche Stadtverordneten = Sitzung

am Donnerstag, den 25. September 1930, abends 1/8 Uhr
im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Tagesordnung: I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlüßfassungen: 1) Wahl eines Mitgliedes in den Berufsschulvorstand. 2) Herabsetzung der Miete der Verbandsberufsschule. 3) Haushaltsplan der Verbandsberufsschule. 4) Beihilfe für Wirtschafts- und Betriebsräteschule. 5) Mitgliedschaft zum Sächsischen Bürgermeistertag. 6) Gebührenordnung für Benutzung öffentlichen Verkehrsraumes zum Handel. 7) Civil. Begrüßungskostenbeiträge betr. 8) Wasserleitungsanschluß Bäckermelster Oswald, Pulsnitz N. S. 9) Schlenzenbau Bischofswerdener Straße.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 22. September 1930.

Karl Zimmermann, Vorsteher

Mittwoch, den 24. September 1930, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restauration zum Bürgergarten

1 Posten Toilettegegenstände und 4 verschiedene Damenkleider meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 23. Sept. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg

Nur 1 Prozent Mehrertrag aus der erhöhten Biersteuer

Beratungen des Reichskabinetts

Die Ziele des Reichskanzlers — Schwarzer Tag an der Newyorker Börse — Max Hölz in Rußland

Das Reichskabinetts trat neuerdings zu einer Sitzung zusammen, um die mit der Notverordnung verknüpften Maßnahmen in eine dem Reichstag vorzuliegende Gesetzesform zu bringen. Gleichzeitig wird das Kabinetts sich mit neuen finanziellen Maßnahmen beschäftigen, wobei auch eine Erörterung über den Ertrag der durch die Notverordnung in Kraft gesetzten steuerlichen Maßnahmen nicht zu umgehen sein wird. So hat z. B. die erhöhte Biersteuer statt des erwarteten Mehrertrages von 40 bis 50 Prozent bisher nur 1 Prozent Mehrertrag gebracht. Auch von der Schankverzehrsteuer dürften nennenswerte Mehrerträge nicht zu erzielen sein. Die Reichsregierung scheint die Absicht einer weiteren

Erhöhung der Tabaksteuer

zu erwägen, erklärt indessen, daß Verhandlungen zwischen der Regierung und den Tabakinteressenten über die Schaffung eines Zigarettenmonopols nicht stattgefunden hätten, sondern daß es sich nur um Besprechungen der beteiligten Industrievertreter mit den Großbanken handle.

Der Reichspräsident empfing Reichskanzler Dr. Brüning erneut zum Vortrag.

Die Ziele des Reichskanzlers.

Die Pariser Information veröffentlicht am Montag eine Erklärung des Reichskanzlers Brüning, die er dem Sonderberichterstatter des Blattes gegenüber gemacht hat. Die deutsche Außenpolitik werde nach den Grundzügen seiner in Lier gehaltenen Rede fortgeführt werden. Die für beide Staaten notwendige Politik der deutsch-französischen Zusammenarbeit könne nur dann in vollem Maße fruchtbringend sein, wenn man sich auf beiden Seiten über die Schwierigkeit der Politik Rechenschaft ablege. Obgleich er grundsätzlich nicht zu innenpolitischen Fragen Stellung nehmen wolle, könne er doch erklären, daß sich seine Regierung vor allen Dingen bemühen werde, die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches zu festigen. Dieses Ziel hoffe er zu erreichen.

Großreinemachen im Reichstag.

Im Reichstagsgebäude ist man gegenwärtig damit beschäftigt, sich für den Empfang des neugewählten Reichstags zu rüsten. Ueberall sind Ausbesserungs- und Reinigungsarbeiten am Werke, um das ganze Haus einer gründlichen Reinigung zu unterziehen und entstandene Schäden zu beseitigen. Im Plenarsitzungsraum ist an den Stühlen und Pulken der Abgeordneten mit Hilfe eines Lederstreifenverfahrens die Farbe aufgefrischt worden. Vielleicht ist ein erheblicher Teil der hier geleisteten Arbeit überflüssig gewesen, da der am fast hundert Abgeordnete vergrößerte Reichstag jedenfalls einige Umbauten im Sitzungssaal erforderlich machen wird.

Schwarzer Tag an der Newyorker Börse.

Ueber 1 Milliarde Dollar Verluste.

An der Newyorker Effektenbörse gingen am Montag über eine Milliarde Dollar durch wilde Käufe verloren. Die Kurse brachen in jeder Branche vollständig zusammen

und Tausende von Aktien wurden als völlig wertlos abgestoßen.

Der Kurseinbruch ist, wie noch gemeldet wird, auf ein Manöver der Baissespekulation zurückzuführen, das durch die allgemeine Verstimmung über die unverändert schlechte Wirtschaftslage noch unterstützt wurde. Ein politisches Moment spielt dabei nicht mit.

Max Hölz in Rußland

Berlin, 23. September. Max Hölz, gegen den wegen seiner Wortschneiderei im Berliner Sportpalast ein Haftbefehl erlassen worden ist, hat nach einer Meldung Berliner Blätter soeben eine Mitteilung an seine jüdischen Kampfgenossen gelangen lassen, in der Hölz schreibt, daß er nicht eher aus Rußland zurückkehren werde, bis er nicht die Aufhebung des Haftbefehls „durchgesetzt“ hätte.

Erregte Minderheitenaussprache in Genf.

Genf. Im Politischen Ausschuss des Völkerbundes kam es am Montag zu einem deutsch-polnischen Zusammenstoß. Der polnische Außenminister Jaleski betonte in ironisch und höhnisch gehaltenen Ausführungen, es sei ihm völlig unverständlich, warum die deutsche Abordnung als ständige Ratsmacht die Minderheitenfragen vor die Völkerbundversammlung bringe. Er erhebe formellen Einspruch gegen die Feststellung, daß im Ausschuss eine Mehrheit für die deutschen Vorschläge vorhanden sei. Deutschland solle sich einem Minderheitenvertrag unterwerfen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erwiderte sofort. Es sei die Pflicht des Völkerbundes, die geheiligten Rechte der Minderheiten zu schützen. Die deutsche Abordnung habe keineswegs eine Aenderung der Madrider Ratsbeschlüsse beantragt, deren Revision sich jedoch am Horizont abzeichne. Die Minderheitenschutzverträge ergäben einwandfrei die Garantiepflicht des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten.

Es liege im allgemeinen Interesse des Friedens, daß die Öffentlichkeit möglichst weitgehend über die Tätigkeit des Völkerbundes in der Minderheitenfrage unterrichtet würde. Man habe sich in Madrid nicht vorgestellt, daß die dort beschlossene Statistik so mager und dünn ausgefallen wäre. Er müsse ausdrücklich feststellen, daß die Minderheitenschutzverträge in den Friedensverträgen den neugegründeten Staaten als ein Servitut auferlegt wurden, ohne daß sie nie ins Leben getreten wären.

Zum Schluß der Aussprache ergriff der französische Außenminister Briand das Wort zu einer fast einstündigen Rede. Briand machte dabei offensichtlich den Versuch, die im Verlaufe der großen Aussprache eingetretene Spannung zu mildern. Er erklärte, es sei eine ernste Gefahr, daß von verschiedenen Seiten versucht würde, die Minderheiten vom Völkerbund zu entfernen unter dem Vorwand, daß der Völkerbund ihnen nicht helfen wolle oder könne, und ihre Beschwerden unbeachtet in den Papierkorb aelanaten.

Italienischer Gegenvorschlag zur Flottenfrage.

Genf. Die von sehr gut unterrichteter Seite verlautet, hat die französische Delegation am Freitag voriger Woche der italienischen Regierung zur Flottenfrage einen festumrissenen, in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Gegenvorschlag überreicht. Dieser französische Gegenvorschlag soll die Antwort auf eine italienische Note sein, die schon vor einem Monat der französischen Regierung von italienischer Seite überreicht worden ist. Der französische Vorschlag wird zur Zeit von der italienischen Regierung eingehend geprüft. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß dieser französische Vorschlag ausschließlich die Flottenfrage behandelt, ohne dabei die wichtigen italienischen Ansprüche auf Regelung der Kolonialfrage zu berühren. Es besteht begründeter Eindruck, daß die italienische Regierung den französischen Vorschlag ablehnen wird.

Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz zum 1. November 1931 geplant.

Genf. In den maßgebenden Abordnungen ist jetzt Uebereinstimmung dahin erzielt worden, daß die Vollversammlung des Völkerbundes die Weltabrüstungskonferenz zum 1. November 1931 einberufen soll. Ein dahingehender Entschließungsantrag wird im Abrüstungsausschuss der Völkerbundversammlung in den allernächsten Tagen eingebracht und behandelt werden. Man erwartet jedoch, daß über diesen Antrag keine große Aussprache stattfinden wird. Die Vollversammlung dürfte vielmehr sofort einstimmig die Konferenz einberufen. Der vorbereitende Abrüstungsausschuss soll alsdann Anfang November dieses Jahres voraussichtlich zu einer weiteren Tagung zusammentreten.

Da jetzt in den grundlegenden Fragen der Abrüstung, insbesondere über die Einbeziehung der ausgebildeten Reservisten und des Kriegsmaterials in die geplanten Abkommen die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung unverändert andauern, wird voraussichtlich ein einheitlicher Entwurf nicht zustande kommen. In den Hauptfragen dürfte demnach die Entscheidung der Konferenz selbst überlassen bleiben. Die größte Schwierigkeit der Konferenz wird in der Festlegung der Ziffern für den Rüstungsstand der einzelnen Länder liegen. Die Konferenz wird voraussichtlich in Genf zusammentreten.

Revolution in Chile.

Sie soll bereits niedergeworfen sein.

Buenos Aires. In der chilenischen Stadt Concepcion ist nach Meldungen von der chilenischen Grenze eine Revolution ausgebrochen. Sämtliche Telegramme nach dem Auslande werden einer Zensur unterworfen. Ein Regiment der Garnison von Concepcion soll zu den Rebellen übergegangen sein. Die chilenische Botschaft in Buenos Aires erklärt, daß die Rebellion bereits unterdrückt worden sei.

Wieder Ruhe in Chile.

New York. Die chilenische Gesandtschaft in Buenos Aires gibt bekannt, daß die Militärrevolte in Südmittelniederbröchen ist. Die Führer derselben sind verhaftet worden. Außerdem wurden die amerikanischen Flugzeugführer, die die Führer der Aufständischen nach Concepcion in Südmittelniederbröchen gebracht hatten, festgenommen.

Im Mittelpunkt der Militärrevolte war die Stadt Concepcion, in der die gesamte Garnison offen rebelliert hatte. Die Revolutionäre standen unter Führung mehrerer chilenischen Offiziere, die aus ihrer Verbannung aus Argentinien auf einem amerikanischen Fokkerflugzeug heimlich nach Chile geflogen waren.

